



9. JUNI



**Europa braucht ein
STARKES
HERZ**

**LSAP: UNSER PROGRAMM FÜR
EIN STARKES #EUROPAHERZ**

EIN EUROPA MIT HERZ

Soziale Gerechtigkeit? Demokratie? Frieden? Freiheit? Auf all diese Fragen, die sich heute und morgen stellen, gibt es nur eine Antwort: ein progressives, sozialdemokratisches Europa. Deshalb brauchen wir eine starke sozialistische und sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament.

Wir, Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen, stehen für ein Europa, das gerecht und inklusiv ist, wir stehen für ein Europa der Menschenrechte, ein Europa, in dem Sozial-, Wirtschafts- und Umweltpolitik zusammen gedacht und nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir stehen für ein Europa, in dem unsere Kinder sicher aufwachsen können. Wir stehen für ein Europa der offenen Grenzen, der kulturellen Vielfalt, ein Europa, das für alle Generationen da ist, die Jugend unterstützt und sich um die älteren Mitbürger kümmert

Für uns, Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen, war, ist und wird Europa immer ein Projekt für den Frieden, der offenen Grenzen und des wirtschaftlichen Wohlstands sein. Europa ist ein solidarisches Projekt, das den europäischen Ländern die Möglichkeit gibt, gemeinsam eine gute Zukunft zu haben. Wir wollen starke und zukunftsfähige Regionen in der gesamten EU. Denn nur eine starke, solidarische, inklusive und gerechte Europäische Union garantiert unsere gemeinsame Entwicklung.

Gerade als Luxemburger wissen wir, wie wichtig Europa ist. Wir leben Europa im Alltag. Wir, Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen, stellen die Menschen in den Mittelpunkt unserer Europäischen Union: Europa ist ein Projekt von Menschen und für Menschen. Wir bauen auf dem vielen Positiven auf, das Europa uns gebracht hat und immer wieder bringt. Wir wollen aber mehr, und Europa kann auch mehr – mehr soziale Gerechtigkeit!

Wir müssen jedoch garantieren, dass sich Europa angesichts der immer neuen Herausforderungen auch immer wieder neu erfindet. Das geht nur mit einer progressiven und sozial gerechten Politik.

Europa gibt uns heute schon viele Garantien. Die Mitgliedstaaten haben in Krisenzeiten zusammengehalten und neue Wege eingeschlagen. Diesen Zusammenhalt brauchen wir auch in Zukunft. Deshalb stellen sich die Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen auf nationaler wie auf europäischer Ebene entschlossen und geschlossen gegen alle antidemokratischen Bewegungen und verteidigen eine inklusive und tolerante Gesellschaft. Für Diskriminierung und Faschismus ist in Europa kein Platz – wir lassen uns unser Herzensprojekt nicht von rechten Kräften zerstören. Wir stellen uns daher überall entschieden gegen jede antidemokratischen Bewegungen und verteidigen eine inklusive und tolerante Gesellschaft.

Die Zukunft Europas bedeutet, den Frieden zu garantieren, eine nachhaltige Umweltpolitik zu verfolgen, die Wirtschaftsunion fair zu gestalten, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und ihn durch eine sozialgerechte Politik mitzunehmen.

Eine solche Zukunft gibt es nur mit uns.

Mit uns, Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen.

DER MENSCH IM HERZEN EINES SOZIALEN EUROPAS



DER MENSCH IM HERZEN EINES SOZIALEN EUROPAS

Die Arbeitswelt ist in stetigem Wandel, und der Mensch befindet sich mittendrin. Wir, Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen, schützen die arbeitenden Menschen, indem wir die neuen Arbeitsformen regulieren. Gleichzeitig nutzen wir die Chancen dieses Wandels, um qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und die soziale Dimension Europas weiter zu stärken.

Die LSAP ist die Partei der arbeitenden Menschen. In Europa kämpfen wir daher mit unserer sozialdemokratischen und sozialistischen Familie für:

- sichere Arbeitsplätze,
- geregelte und gerechte Löhne,
- transparente Informationen zu den Arbeitsbedingungen wie zum Beispiel zum Einkommen oder die Arbeitszeit,
- einen fairen Mindestlohn,
- ein gerechtes Steuersystem.

Um dies zu erreichen, brauchen wir ein starkes und solidarisches Europa, das im Interesse der Bürger:innen arbeitet.

Deshalb ist es wichtig, dass der soziale Dialog, wie er in Luxemburg seit Jahrzehnten funktioniert, auch auf europäischer Ebene zum Standard wird.

Wir müssen unsere Gesellschaft und damit auch unsere Arbeitswelt auf die industriellen Revolutionen vorbereiten. Hier müssen aber die arbeitenden Menschen mit am Tisch sitzen, wenn in der EU Entscheidungen über ihre Arbeit getroffen werden. Das geht nur, wenn die Gewerkschaften in Europa eine starke Stimme haben.

Für uns, Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen, steht das menschliche Kapital im Zentrum des europäischen Projekts. Wir müssen verhindern, dass es zu einer gesellschaftlichen Spaltung durch die Digitalisierung kommt. Außerdem darf beim Umbau unserer Wirtschaft niemand auf der Strecke bleiben. Deshalb fordern wir, dass:

- das Upskilling und die Weiterbildung für alle Menschen geregelt und zugänglich sind, zum Beispiel durch ein Recht auf Bildung während der Arbeitszeit,
- die berufliche Re-Konversion, also die Möglichkeit einer Umschulung bei Verlust des Arbeitsplatzes, mehr strukturelle und finanzielle Unterstützung erhält,
- die Nutzung von KI am Arbeitsplatz im Einklang mit den fundamentalen und sozialen Rechten der arbeitenden Menschen stehen muss.

In einer fairen Arbeitswelt kann jeder von seiner Arbeit leben und an der Gesellschaft teilhaben, ohne in das Armutsrisiko zu fallen. Um das Phänomen der „Working poor“ zu bekämpfen, fordern wir, dass:

- ein fairer Mindestlohn in ganz Europa eingeführt wird, der der Preissteigerung bzw. den Lebenskosten angepasst ist,
- unbefristete Arbeitsverträge die Regel sind,
- die Plattform- und Zeitarbeit reguliert werden,
- die Digitalisierung der Arbeitswelt eingebettet und geregelt wird und somit keine Gefahr für die arbeitenden Menschen darstellt,
- das System der Sozialversicherungen gestärkt und ausgebaut wird,
- die Tarifverträge generalisiert werden.

Nur so können wir verhindern, dass die arbeitenden Menschen dem Risiko der Ausbeutung ausgesetzt sind. Wir Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen garantieren daher weiterhin eine starke soziale Absicherung für die arbeitenden Menschen und ein Recht auf Arbeit für diejenigen, die ihre Arbeit verloren haben oder nicht mehr ausüben können.

Um den jungen Menschen den Einstieg in die Arbeitswelt zu erleichtern und sozial gerechter zu gestalten, wollen wir eine europäische Richtlinie, die unseren Studentinnen und Studenten sowie unseren Auszubildenden eine garantierte und angemessene Bezahlung ihrer Praktika sichert.

Wir wollen auch den Familien die Chance geben, mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen. Ziel ist es, eine bessere Work-Life-Balance zu erreichen, indem die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Deshalb soll nicht nur das wirtschaftliche BIP, sondern auch das BIP des Wohlbefindens als verbindlicher Leistungsindikator berücksichtigt werden. Um ein hohes BIP des Wohlbefindens zu ermöglichen, fordern wir, dass:

- Homeoffice grenzübergreifend vereinfacht und geregelt wird,
- das Recht auf Nichterreichbarkeit eingeführt wird,
- die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich reduziert wird,
- eine Strategie für die psychische Gesundheit am Arbeitsplatz entwickelt wird.

Um die sozialen Ambitionen des Europas von morgen zu unterstreichen und den sozialen Aspekt Europas nachhaltig zu stärken, fordern wir, dass:

- ein soziales Protokoll eingeführt wird, das denselben verbindlichen Stellenwert wie die europäischen Verträge erhält, um so soziale Rückschritte zu verhindern,
- der europäische Sozialpfeiler den Rahmen der wirtschaftlichen Governance bestimmt.

Damit unsere Gesellschaft funktioniert, benötigen wir ein starkes und gerechtes europäisches Steuersystem. Heute ist die Steuerlast der Privatpersonen wesentlich höher als die des Kapitals. Die Besteuerung der Privatpersonen, des unproduktiven Kapitals und der multinationalen Unternehmen muss wieder ins Gleichgewicht kommen.

Ein starkes und gerechtes europäisches Steuersystem ist der Hebel für mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Große Unternehmen, die Ultrareichen und die großen Verschmutzer müssen ihren Teil zur Allgemeinheit und zum Funktionieren unserer Gesellschaft beitragen. Nur durch eine gerechte Steuerpolitik können wir die notwendigen Investitionen tätigen, um eine nachhaltige Zukunft zu gestalten.

Wir, Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen, stehen für Steuergerechtigkeit zwischen den Menschen, den Unternehmen und den Mitgliedstaaten. Wer mehr verdient, soll auch mehr Steuern zahlen. Deshalb fordern wir:

- eine Überprüfung des Prinzips der Einstimmigkeit im Rat bei Steuerfragen,
- eine Steuer für die Ultrareichen,
- die Betriebssteuern gerechter und effizienter zu definieren,
- einen Rahmen für die permanente Besteuerung von sogenannten „Windfall profits“,
- eine Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass Luxemburg als Standort für europäische Institutionen attraktiv bleibt und sich die Situation der EU-Beamten in Luxemburg verbessert. Die europäischen Institutionen müssen bei der Umsetzung von gerechten Arbeitsbedingungen eine Vorbildfunktion übernehmen. Deshalb fordern wir, dass die Gehälter der Mitarbeiter in EU-Institutionen dem jeweiligen sozioökonomischen Umfeld im Land angepasst werden müssen.



EIN GREEN DEAL MIT EINEM ROTEN HERZEN



EIN GREEN DEAL MIT EINEM ROTEN HERZEN

Unser Planet „brennt“! Nur gemeinsam können wir es schaffen, unseren Kindern und Enkelkindern einen Planeten zu hinterlassen, auf dem sie in Frieden und Sicherheit leben können.

Wir benötigen eine sozial-ökologische Transition, also eine nachhaltigere Form des Wirtschaftens und eine gerechte und solidarische Aufteilung der notwendigen Anstrengungen. Wir, Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen, wollen den Weg zur Klimaneutralität nutzen, um sozialen Fortschritt zu erzielen.

Wir stehen klar zu einer zukunftsorientierten grünen europäischen Taxonomie und somit zu einer transparenten Klassifizierung von Technologien und Aktivitäten. Das sogenannte „Greenwashing“, insbesondere von Atomenergie und Gasenergie, soll in Zukunft verhindert werden.



Für uns funktioniert der Green Deal nur mit einem roten Herzen, welches die ökologische und die soziale Politik verbindet. Bei dieser Transition ist es daher enorm wichtig, dass die sozial Schwachen nicht auf der Strecke bleiben. Wir benötigen unbedingt eine öko-soziale Investitionspolitik. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollen nicht nur mit gutem Beispiel vorangehen, sondern sich klar zu den Klimazielen bekennen und diese entschlossen umsetzen.

Deshalb stehen wir als Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen zum Green Deal und fordern, dass:

- sich die 27 Mitgliedsländer zu der maximalen 1,5-Grad-Erwärmung der Erde bis das Jahr 2100 bekennen, welche auf der COP 21 in Paris vorgeschlagen wurde,
- die EU-Mitgliedstaaten weiterhin das „Fit for 55“ umsetzen, d.h. eine Reduktion der Treibhausgase um 55% bis 2030,
- die Klimaneutralität spätestens bis 2050 erreicht wird.

Deshalb bekämpfen wir jeden Versuch, den Green Deal zu verwässern und abzuschwächen. Wir setzen uns konsequent ein für:

- einen effektiven Umwelt- und Naturschutz,
- den Schutz der Biodiversität und der Artenvielfalt,
- die Regeneration zerstörter Ökosysteme,
- einen effizienten Wasserschutz und Wasserverbrauch,
- ein Verbot schädlicher Chemikalien, u.a. Glyphosat in der Landwirtschaft,
- den Ausbau erneuerbarer Energien.

Europa benötigt eine nachhaltige und transparente Energiepolitik, die den 27 Mitgliedstaaten Energiesicherheit garantiert. Gleichzeitig müssen bei der Energiefrage alle Akteure mit am Tisch sitzen, um eine europäische Energiestrategie aufzusetzen. Neben der Energiesicherheit geht es hier um den Zugang zu erschwinglicher Energie für Bürger und Unternehmen, unabhängig von ihrer Größe. Deshalb wollen wir, dass die europäische Energiestrategie:

- drastisch von fossilen Energien abkommt und erneuerbare Energien fördert,
- den Import ausländischer fossiler Energien, insbesondere russisches Gas, reduziert und überflüssig macht,
- den Energiemarkt so reformiert, dass erschwingliche und stabile Energiepreise garantiert sind,
- Energiearmut in der Bevölkerung bekämpft wird, u.a. durch soziale Ausgleichsmaßnahmen und die Unterstützung der Schwächsten und Schutzbedürftigsten in unserer Gesellschaft.

Ohne die Landwirtschaft aktiv einzubeziehen, ist keine ernsthafte Umweltpolitik möglich. Uns als LSAP liegt es daher am Herzen, dass wir in Europa und in Luxemburg eine nachhaltige und gut funktionierende Landwirtschaft haben.

Für uns, Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen, sind Umweltschutz und Landwirtschaft keine Gegensätze, sondern eng miteinander verbunden. Wenn es der Natur und den Böden schlecht geht, wenn extreme Wetterbedingungen zur Norm werden, ist keine nachhaltige Landwirtschaft möglich. Deshalb müssen wir gemeinsam mit den Bauern nach Lösungen suchen. Nur gemeinsam können wir:

- die Klimaziele in die europäische Agrarpolitik integrieren,
- eine europäische Agrarpolitik aufstellen, die die Bauern aktiv bei der Umstellung auf eine nachhaltige Landwirtschaft unterstützt,
- die Lebensmittelsicherheit für den Konsumenten garantieren, u.a. durch die Einführung eines europäischen Standards für Lebensmittel.

Um diese Ziele zu erreichen, ist es für uns, Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen, wichtig, dass:

- Landwirte fair für die von ihnen produzierten Lebensmittel bezahlt werden,
- Landwirte vor unfairem Wettbewerb und Spekulationen auf dem Lebensmittelmarkt geschützt werden,
- die Umweltverschmutzung in der Landwirtschaft reduziert wird, indem der Einsatz von Pestiziden verringert wird,
- der Tierschutz effektiv gehandhabt wird.

Wir, Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen, verschließen uns nicht den neuen gentechnischen Verfahren, unter der Bedingung dass das Vorsichtsprinzip garantiert und sichergestellt ist, um so alle Risiken so gering wie möglich zu halten. Die Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit sind für gentechnisch veränderte Lebensmittel absolut notwendig, damit die Verbraucherinnen und Verbraucher selbst entscheiden können, was sie konsumieren.



EINE STARKE NACHHALTIGE WIRTSCHAFT STÄRKT DAS HERZ EUROPAS

EINE STARKE, NACHHALTIGE WIRTSCHAFT STÄRKT DAS HERZ EUROPAS.

Europa verfügt über den größten Binnenmarkt der Welt, der viele Vorteile für Unternehmen und Mitgliedstaaten bietet. Dieser Binnenmarkt muss weiter ausgebaut werden denn eine starke und nachhaltige Wirtschaft sind das Herz eines starken Europas. Die Digitalisierung und der Weg in eine nachhaltigere Lebensweise bieten große Chancen für unsere Wirtschaft, unter anderem durch die Schaffung neuer, qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze und einer nachhaltigeren und zirkulären Wirtschaft. Um die Position der europäischen Wirtschaft in der Welt zu stärken und eine strategische Autonomie der europäischen Wirtschaft zu gewährleisten, setzen wir auf eine aktive Industriepolitik, Investitionen zur Förderung von Innovationen, eine gerechte und nachhaltige Gestaltung des Binnenmarktes sowie die Stärkung des Verbraucherschutzes. **Daher fordern wir:**

- die Ausarbeitung einer Strategie, die sowohl kurz- als auch mittel- und langfristige Ziele setzt und sich an verschiedene Szenarien anpassen kann,
- eine klare Strategie für die Dekarbonisierung der Industrie,
- auf der Grundlage dieser Zukunftsstrategie einen konsequenten Investitionsplan bereitzustellen, um die Übergänge in der Wirtschaft zu begleiten, einschließlich Innovation, Umstellung und sozialem Aspekt,
- Unternehmen, die in Innovation und Forschung investieren, um den Übergang zu beschleunigen, finanziell zu unterstützen, beispielsweise durch steuerliche Maßnahmen,
- die Arbeitskräfte – mit anderen Worten, die Menschen, die arbeiten – in all diese Überlegungen einzubeziehen, sei es auf der Ebene der Ausbildung, Weiterbildung oder Umschulung oder auch auf der Ebene der Arbeitsmigration und der einfachen Migration,
- die Investitionspolitik in Europa zu fördern und die Finanzierung europäischer Unternehmen zu stärken,
- dass die Gewerkschaften in diesen Prozessen eine starke Stimme haben.

Um diese Transitionen zu gestalten, spielen sowohl das Verantwortungsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger als auch die Verantwortung der Unternehmen eine große Rolle. In diesem Sinne bieten die ökologischen und digitalen Übergänge eine wichtige Gelegenheit, Unternehmen durch gezielte steuerliche und strukturelle Unterstützung zu fördern und so die Wirtschaft zu stärken.

Daher fordern wir, dass:

- das Lieferkettengesetz angewendet wird. Die Lieferkettendirektive soll Unternehmen verpflichten, dafür zu sorgen, dass in der Produktion ihrer Produkte und in der Lieferkette ihrer Aktivitäten weder Menschenrechts- und Arbeitsrechtsverletzungen noch umweltschädliche Praktiken vorkommen. Hierunter fällt zum Beispiel das Phänomen der „Fast Fashion“ – extrem billige Kleidung, die in Entwicklungsländern auf Kosten der Natur und der Armut der Länder und der Menschen produziert wird,
- ein rechtlicher Rahmen eingeführt wird, der Unternehmen dazu anregt, Ressourcen zu schonen und sich schrittweise auf eine Kreislaufwirtschaft umzustellen. Gleichzeitig müssen die Richtlinien über das Recht auf Reparatur von Waren, das Upcycling und

Recycling sowie ein umweltfreundlicheres Design von Produkten umgesetzt und ausgebaut werden,

- der Verbraucher vor unsicheren Produkten und unfairen Geschäftspraktiken geschützt und seine Rechte gestärkt werden. Der Verbraucher muss über die Produktion der Waren informiert werden und sein Recht einklagen können. Insbesondere im digitalen Bereich müssen Unternehmen und Online-Plattformen in die Pflicht genommen werden – unter anderem durch die Stärkung des Digital Services Act.



Es sind jedoch nicht allein die Unternehmen, die neue Wege gehen und die Transition auf ihren Schultern tragen müssen. Auch die Bürgerinnen und Bürger müssen ihren Teil beitragen. Ein Umdenken in der Gesellschaft ist notwendig. Wir dürfen uns nicht einreden, dass der sogenannte „Technofix“ – also technische Innovationen allein den Klimawandel regeln können – alleiniger Ansatz sein kann, um die Herausforderungen von morgen zu meistern. Es ist klar, dass auch unsere Gesellschaft umdenken muss. Ein nachhaltigerer Lebensstil muss das Ziel für unsere Gesellschaft von morgen sein.

Abschließend benötigen wir, um all dies bewerkstelligen zu können, einen fairen europäischen Binnenmarkt, auf dem keine Länder gegenüber anderen bevorzugt werden. Dies ist besonders für ein kleines Land wie Luxemburg wichtig, und daher fordern wir:

- klare Regeln, die Gerechtigkeit zwischen den Mitgliedstaaten garantieren, zum Beispiel einheitliche Regeln für die Gewährung von Subventionen oder Steuervorteilen,
- klare Regeln, die Sozial- und Umweltauflagen in Europa vereinheitlichen, zum Beispiel die Einführung von Sozial- und Umweltkriterien für öffentliche Ausschreibungen,
- dass europäische Unternehmen vor unfairer Konkurrenz aus Drittstaaten geschützt werden.

EIN EUROPA MIT HERZ, DAS SCHÜTZT & GESTALTET



EIN EUROPA MIT HERZ, DAS SCHÜTZT UND GESTALTET

Ein starker öffentlicher Dienst, universeller Zugang zu hochwertiger Gesundheitsversorgung und das Recht auf angemessenen Wohnraum sind elementar für eine gerechte Gesellschaft. Wir wollen effiziente öffentliche Dienste und Verwaltungen, die sich um die Menschen kümmern. Denn ohne einen starken öffentlichen Dienst funktioniert unsere Gesellschaft nicht! Wir bauen auf eine Gesellschaft, die sich um ihre Bürgerinnen und Bürger kümmert – insbesondere um ihre jungen und älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Kinder sind am stärksten von Armut betroffen, und in Europa ist die Kinderarmut leider viel zu präsent. Das müssen wir ändern, indem wir nicht nur die Armut bekämpfen, sondern vor allem die Rechte der Kinder und Jugendlichen stärken. Gleichzeitig muss Europa die zukünftigen Generationen fördern und der Jugend klare und gute Perspektiven in einem starken Europa bieten. **Deshalb fordern wir, Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen:**

- dass die europäische Garantie für einen besseren Schutz unserer Kinder, die sogenannte „europäische Kinder-Garantie“, umgesetzt wird und sie ein Budget von mindestens 20 Milliarden Euro erhält,
- den Ausbau der europäischen Jugendgarantie, die vorschreibt, dass alle jungen Menschen unter 30 Jahren nach der Schule oder im Falle von Arbeitslosigkeit ein qualitativ hochwertiges Angebot für eine Arbeit, Weiterbildung, Lehre oder ein Praktikum erhalten müssen,
- ein aktives Einbeziehen der Jugend in politische Entscheidungen, deshalb fordern wir das Wahlrecht ab 16 Jahren auf allen Ebenen,
- die Vergütung von Praktika im öffentlichen und privaten Sektor,
- dass die kostenlose öffentliche Schule und Berufsausbildung garantiert sind, Bildung muss weiterhin die Garantie für Chancengerechtigkeit sein, um den sozialen Aufstieg zu ermöglichen,
- dass das Austauschprogramm für Universitätsstudenten Erasmus+ weiter ausgebaut wird, gekoppelt mit einer EU-Initiative zur Erhöhung des Angebots an erschwinglichen Studentenwohnungen,
- dass Europa sich dafür einsetzt, dass junge Menschen sich eine erste Wohnung leisten können.



Die Stärke unserer Gesellschaft liegt in ihrer Vielfalt und Offenheit und darin, dass unsere Gesellschaft sich um ihre Bürgerinnen und Bürger kümmert, besonders wenn sie darauf angewiesen sind. Die LSAP steht für eine solidarische Gesellschaft. Damit jeder Mensch, besonders wenn seine Möglichkeiten durch eine Beeinträchtigung oder das Alter eingeschränkt sind, ein anständiges und gleichberechtigtes Leben führen kann, fordern wir, Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen:

- den älteren Generationen ihre Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben zu garantieren,
- die öffentlichen Rentensysteme in Europa zu stärken und angemessene Renten zu garantieren, um Altersarmut zu bekämpfen,
- dass europaweit Maßnahmen eingeführt werden, die es älteren Menschen ermöglichen, so lange und so gut wie möglich unabhängig und autonom zu leben,
- einen freien Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung,
- ein Europa ohne Barrieren, wo durch verbindliche Maßnahmen in allen Mitgliedstaaten die Infrastrukturen und das Angebot an Bildung, Kultur und das öffentliche Leben im Allgemeinen zugänglich für Menschen mit einer Behinderung sind,
- dass die politischen und sozialen Rechte von Menschen mit einer Behinderung respektiert werden.

Ein starker öffentlicher Dienst treibt unsere Wirtschaft an, gewährleistet sozialen Ausgleich, sichert Lebensqualität und kümmert sich um Chancengerechtigkeit. Die öffentliche Hand muss daher sicherstellen, dass die Digitalisierung keine neuen Ungleichheiten schafft. Wir, Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen, fordern daher:

- konsequente Investitionen in die öffentlichen digitalen Infrastrukturen und in die digitale Bildung,
- dass das Prinzip der Netzneutralität verteidigt wird,
- dass jeder Mensch einen fairen, gleichberechtigten Zugang zum Internet ohne Einschränkungen garantiert bekommt, einschließlich des Zugangs zu schnellem Internet.

Ein gutes Mobilitätsangebot durch den öffentlichen Verkehr ist ein wesentlicher Beitrag zur Förderung der Chancengerechtigkeit und der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger. Der kostenlose öffentliche Verkehr in Luxemburg ist daher ein Modell für eine nachhaltige und faire Mobilitätsförderung, die der gesamten Gesellschaft zugutekommt. In Europa fordern wir, Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen, dass:

- der öffentliche Verkehr konsequent ausgebaut und gestärkt wird,
- jeder Mensch – egal wo er wohnt – ein angemessenes öffentliches Mobilitätsangebot zur Verfügung hat,
- das europäische Schienennetz ausgebaut wird und das Angebot an Verbindungen – insbesondere Nachtverbindungen – konsequent erhöht wird, um eine ordentliche Alternative zum Flugzeug anbieten zu können.

Als Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen wehren wir uns energisch gegen jede Privatisierung und Kommerzialisierung des Gesundheitssektors. Jeder Mensch hat das Recht auf eine angemessene Gesundheitsversorgung, unabhängig von seinen finanziellen Mitteln, seinem Alter, seinem Geschlecht oder seiner sexuellen Orientierung. Daher fordern wir, Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen, dass:

- Gesundheitsversorgung und wissenschaftliche Fortschritte jedem Menschen zur Verfügung stehen und zugänglich sein müssen,
- eine Sozialversicherung für jeden Menschen garantiert sein muss,
- die Preise für Medikamente fair und transparent sind,
- die Länder auf europäischer Ebene zusammenarbeiten, um die Knappheit von Medikamenten zu verhindern,
- die europäische Strategie für die mentale Gesundheit finalisiert und angewendet wird,
- Europa mit den Ländern die Forschung und Innovation im Gesundheitssektor koordiniert,
- die Forschung für Medikamente und Behandlungen gegen Krebs, insbesondere bei Kindern, auf EU-Ebene vorangetrieben wird,
- Therapie- und Ursachenforschung von seltenen Krankheiten auf EU-Ebene besser koordiniert und intensiviert wird und der Zugang zu innovativen Behandlungen für jeden zugänglich ist,
- eine geschlechtsspezifische Medizin in den Mittelpunkt der Prävention, Diagnose, Therapie und Erforschung von Krankheiten rücken muss, um der Gesundheitsversorgung von Frauen gerechter zu werden,
- die sogenannte Konversionstherapie in der Europäischen Union verboten wird
- ein europäischer Nutri-Score für Lebensmittel obligatorisch wird, um eine gesündere Ernährung in der EU zu fördern und Volkskrankheiten wie Diabetes, Adipositas und Bluthochdruck entgegenzuwirken.

So wie der Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung ein Menschenrecht ist, ist auch das Wohnen ein Menschenrecht. Zu viele Menschen in Europa, vor allem junge Menschen, können sich keine Wohnung leisten. Wir, Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen, fordern daher eine Initiative auf europäischer Ebene, um bezahlbare Wohnungen und nachhaltiges Wohnen zu fördern. In diesem Rahmen wollen wir:

- energieeffiziente Renovierungen fördern,
- den sozioökonomisch benachteiligten Menschen finanziell unter die Arme greifen, um ihre Wohnung zu renovieren,
- verpflichtende Ziele für bezahlbaren Wohnraum schaffen, zum Beispiel durch einen festgesetzten Prozentsatz im Verhältnis zu Wohnungen, die auf dem freien Markt gebaut werden,
- die Regeln für staatliche Beihilfen reformieren, damit mehr Sozialwohnungen gebaut werden können,
- obligatorische Ziele festlegen, um Obdachlosigkeit zu bekämpfen.

EIN EUROPA, DAS WERTE IM HERZEN TRÄGT



EIN EUROPA, DAS WERTE IM HERZEN TRÄGT

Europa ist für alle Menschen da. Als Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen streben wir nach einem Europa, in dem alle Menschen ohne Diskriminierung gut zusammenleben können. Wir setzen uns für Chancengerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft ein, in der Platz für alle Menschen ist. Deshalb muss Europa in unseren Augen divers, feministisch, offen sein, eine solidarische Gesellschaft welche jedem Einzelnen eine Zukunftsperspektive bietet.

Die Inklusion und die Rechte von Menschen mit physischen oder psychischen Beeinträchtigungen werden wir weiter stärken. Konkret fordern wir:

- eine einheitliche Definition der Begriffe „Behinderung“, „physische oder psychische Beeinträchtigung“ und „Barrierefreiheit“ auf europäischer Ebene,
- verbindliche Maßnahmen zur Integration von Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt.

In unserem Europa gibt es keinen Platz für Vorurteile. Wir lehnen Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie und jegliche andere Form von Diskriminierung strikt ab. Daher setzen wir uns als Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen ein für:

- eine EU-Antidiskriminierungsrichtlinie, um sicherzustellen, dass die Rechte aller Menschen in allen europäischen Ländern garantiert sind,
- eine konsequente Umsetzung und Aktualisierung der Gleichstellungsstrategie,
- die Anerkennung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare und gleichgeschlechtliche Eltern in der gesamten EU,
- die Berücksichtigung der Rechte von LGBTIQ+ Personen in der internen und externen Politikgestaltung der EU.

Für uns als Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen muss Europa auch feministisch sein! Wir kämpfen dafür, dass junge Mädchen und Frauen nicht diskriminiert werden. Deshalb fordern wir, dass:

- die Grundsätze der Gleichstellung in allen politischen und budgetären Entscheidungen berücksichtigt werden,
- Frauen selbst darüber entscheiden, wie sie ihr Leben gestalten möchten,
- Frauen die exklusive Kontrolle über ihren eigenen Körper haben, einschließlich ihrer sexuellen Rechte,
- die Selbstbestimmung von Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen nicht zur Diskussion steht,
- Gewalt gegen Frauen thematisiert und bekämpft wird,
- die Istanbul Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt in den EU-Mitgliedsländern umgesetzt wird.

Um die Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit zwischen allen Geschlechtern sicherzustellen, fordern wir als Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen eine kohärente Politik, in der:

- die Ernennung eines für die Umsetzung der „Union of Equality“ verantwortlichen EU-Kommissars für Gleichberechtigung und Vielfalt gesichert ist,
- bis 2030 alle geschlechtsrelevante Differenzen bei den Gehältern und Renten beseitigt sind,
- sichergestellt wird, dass mehr Frauen in Führungspositionen arbeiten können.

Diese, unsere europäischen und progressiven Werte, genauso wie unsere Demokratie, stehen immer stärker unter Beschuss, sowohl von innerhalb der Union als auch von Drittländern. Verschiedene Mitgliedsländer verstoßen in der Zwischenzeit bewusst gegen die europäischen Werte und garantieren deshalb die Rechtsstaatlichkeit nicht mehr. Um diesem Trend Einhalt zu gebieten:

- müssen die institutionellen Mechanismen zur Bekämpfung von rechtsstaatlichen Verstößen und Verletzungen demokratischer Grundprinzipien verstärkt und angewendet werden,
- dürfen keine europäischen Gelder in Länder fließen, in denen der Verdacht auf Korruption besteht und die Gerichte nicht unabhängig sind,
- muss das EU-Parlament gestärkt werden, um ein besseres institutionelles Gleichgewicht innerhalb der Union zu erwirken.

Desinformation und Hate Speech untergraben unsere demokratische Kultur und spalten unsere Gesellschaften. Daher fordern wir, dass:

- Hate Speech und gezielte Desinformation auf EU-Ebene als kriminelle Handlungen verankert werden,
- Onlineplattformen in die Verantwortung genommen werden, um diesen Phänomenen entgegenzuwirken.

**TOGETHER WE HAVE FORCE.
TOGETHER WE HAVE FORCE.
TOGETHER WE HAVE FORCE.
TOGETHER WE HAVE FORCE.
TOGETHER WE HAVE FORCE.
TOGETHER WE HAVE FORCE.**

Die Europäische Union muss ein sicherer Ort für all unsere Bürger:innen sein und bleiben.

Um dies zu gewährleisten:

- muss es eine engere Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten auf allen Ebenen geben - nur durch internationale Zusammenarbeit und einheitliche Gesetzgebung können wir international organisierte Kriminalität, Terrorismus, Cyberkriminalität und Drogenkriminalität bekämpfen.
- müssen mehr Mittel zur Bekämpfung der Finanzkriminalität bereit gestellt werden. Dies muss auch in Luxemburg, das durch seinen Finanzplatz exponiert ist, geschehen.
- müssen Europol und die europäische Staatsanwaltschaft gestärkt werden.
- muss eine europäische Justizpolizei, die die europäische Staatsanwaltschaft unterstützt, geschaffen werden,
- muss eine kostenlose Rechtsberatung für Menschen, die sich keine rechtliche Vertretung leisten können, garantiert sein,
- brauchen wir koordinierte und solidarische europäische Maßnahmen im Katastrophenschutz, um den Mitgliedsländern bei der Prävention und im Falle von Katastrophen oder Pandemien gegenseitig zu helfen.

Für uns als Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen sind Demokratie und Menschenrechte nicht verhandelbar! Daher brauchen wir in Europa einen starken Rechtsstaat, der die Rechte und Freiheiten der Bürger:innen garantiert und in dem alle Menschen gleich behandelt werden. Um dies zu gewährleisten, sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- starke und unabhängige Justizsysteme in den Mitgliedsländern,
- effektive und koordinierte Bekämpfung von Korruption auf nationaler und internationaler Ebene,
- eine Garantie für Medienpluralismus und Pressefreiheit,
- ein gesetzlich gesicherter Informationszugang für Journalist:innen,
- die Beteiligung der Zivilbevölkerung an demokratischen Entscheidungsprozessen.

In einer Demokratie gibt es keine Diskriminierung – alle Menschen sind gleich. Daher bekämpfen wir Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen extremistische und populistische Organisationen und Tendenzen, welche nicht nur unsere demokratischen Institutionen in Frage stellen, sondern auch Minderheiten und schutzbedürftigen Gemeinschaften, wie z. B. Migrant:innen oder sozial benachteiligte Menschen, ihrer Rechte berauben wollen.

Wir setzen uns als Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen für eine gerechte und egalitäre Gesellschaft ein und unterstützen daher die feministische Bewegung, die LGBTQI+ Bewegung sowie alle progressiven Organisationen, die sich für jedwede Form von Gerechtigkeit einsetzen. Auf europäischer Ebene fordern wir klare Spielregeln, um sicherzustellen, dass Drittstaaten genauso gut wie EU-Mitgliedsländer mit autokratischen Regimen keine finanzielle oder andere Unterstützung erhalten.



Migration ist eine Chance – wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell – für unsere Länder. Daher fordern wir als Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innenn:

- dass Migrant:innen nicht mehr als politisches Problem betrachtet werden,
- eine gemeinschaftliche und koordinierte Migrationspolitik, die solidarisch zwischen den Ländern funktioniert und in der jedes Land seinen Anteil leistet,
- eine europäische Migrationspolitik, die auf Menschenrechten, Respekt und Würde basiert.

Europa muss zu jederzeit zeigen, dass es ein solidarisches Projekt ist. Im Umgang mit Menschen, die auf der Flucht sind, fordern wir:

- faire, respektvolle und einheitliche Asyl- und Einwanderungsverfahren in Europa,
- das Recht auf Asyl und Schutz für alle Menschen,
- verständliche, transparente und menschenwürdige Rückführungsverfahren,
- verantwortungsvolle und transparente Partnerschaften mit Herkunfts- und Transitländern,
- dass es nicht zu einer Verlagerung der EU-Grenzen kommt,
- dass humanitäre Hilfe nicht kriminalisiert werden darf,
- dass EU Gelder nicht für den Bau von Mauern oder Zäunen an den EU-Außengrenzen verwendet werden dürfen,
- eine europäische Mission zur Rettung von Menschen in Not im Mittelmeer,
- verstärkte Maßnahmen und Gesetze gegen Menschenhandel, sexuelle Gewalt und Ausbeutung von Menschen in Not,
- die Förderung inklusiver Arbeitsmärkte in Europa und die Unterstützung lokaler Behörden bei der Umsetzung von Inklusionspolitiken.



EIN STARKES EUROPA MIT HERZ & VERSTAND IN DER WELT

EIN STARKES EUROPA MIT HERZ UND VERSTAND IN DER WELT

Die Europäische Union ist ein Friedensprojekt. Deshalb ist es sorgenerregend, dass der Umgangston auf internationaler Ebene immer rauer wird, internationale Regeln und Organisationen in Frage gestellt werden. Für kleine Länder wie Luxemburg, deren Schutz durch eben diese Regeln gewährleistet ist, bedeutet dies eine bedenkliche und gefährliche Entwicklung.

In Zeiten, in denen rechte Tendenzen Europa offen in Frage stellen, ein Krieg auf dem europäischen Kontinent im Gange ist, China aggressiver wird, der Nahe Osten in einer tiefen Krise steckt, Großbritannien aus der EU ausgetreten ist und die Möglichkeit einer zweiten Trump-Präsidentschaft wenig Hoffnung macht, muss Europa mit Mut und Entschlossenheit auftreten.

Deshalb muss Europa unabhängiger, souveräner, handlungsfähiger und selbstbewusster werden. Europa muss stark genug sein, um seine Werte international effektiv zu verteidigen.

**Wir werden immer ein Europa bleiben, das für Frieden und seine Werte eintritt.
Ein progressives, solidarisches und soziales Europa.**

Daher stehen wir als Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen geschlossen hinter dem Projekt der Europäischen Union, der NATO und anderen internationalen Institutionen wie den Vereinten Nationen (UNO). Wir setzen uns ein für:

- eine Reform der Vereinten Nationen, ohne das auf internationalem Recht basierende System in Frage zu stellen,
- eine solide gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, als Ergänzung zur NATO,
- eine zentralisierte Koordinierung der europäischen Armeen, die gemeinsame Beschaffung von Material und eine bessere Kooperation bei der Bekämpfung von Cyberbedrohungen,
- die Abschaffung der Einstimmigkeit in den meisten außenpolitischen und verteidigungsrelevanten Fragen, damit Europa schneller und effizienter handeln kann,
- die unabdingbare Unterstützung der Ukraine,
- ein Europa, das eine Vorreiterrolle in der Kriegs- und Konfliktprävention weltweit spielt und so seiner Rolle als Friedensprojekt gerecht wird.

Es ist wichtig, dass wir das Gerüst der Europäischen Union weiter stärken, besonders zu diesem Moment, wo konservative und rechte Kräfte versuchen, die EU von innen zu destabilisieren. Für uns Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen kann die Kompetenz in der Außen- und Sicherheitspolitik nur bei Europa liegen. Europa braucht auch eine gemeinsame Verteidigungsstrategie und -industrie. Denn nur ein geschlossenes Auftreten verschafft den Europäern in einer multipolaren Welt eine starke Stimme.

Als Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen sind wir für die Erweiterung der Europäischen Union. Wir freuen uns über jedes europäische Land, das sich unserem gemeinsamen Projekt von europäischem Frieden, Wohlstand und Modernisierung anschließen will. Nur zusammen sind wir stark. Deshalb gibt es besonders jetzt eine gewisse Dringlichkeit, die Erweiterung der EU weiter voranzutreiben. Es ist jedoch unabdingbar, dass die Kopenhagener Kriterien erfüllt sind und dass die Kandidatenländer auch aufgestellt sind, um Teil der EU zu werden.

Es ist notwendig, dass Europa sich angepasste Spielregeln gibt und reaktiver wird. Das Prinzip der Einstimmigkeit muss so zum Beispiel überdacht werden um Blockaden im Entscheidungsprozess zu vermeiden und um zu verhindern, dass ein einzelnes Land die ganze EU in Geiselschaft nehmen kann. In diesem Sinne brauchen wir auch gezielte Anpassungen der Verträge, damit eine größere EU finanzierbar und regierbar bleibt.

Für die LSAP, wie auch für unsere europäischen Schwesterparteien, ist es klar, dass die EU weiterhin internationale Solidarität lebt. Deshalb halten wir an den 17 „Sustainable Development Goals“ (SDGs) der UNO fest. Eine nachhaltigere, digitale, moderne und sozial gerechte Welt kommt jedem Menschen zugute und ist ein Garant für Frieden.

Wir müssen auch die europäische Handelspolitik neu ausrichten. Dass der freie Handel automatisch mehr Wohlstand für jeden bedeutet, ist eine Illusion. Wir brauchen eine Handelspolitik, die die Lebensrealitäten der Menschen, hier in Europa und bei unseren Partnern, konkret verbessert. Mit der Lieferkettendirektive, für die wir, Sozialist:innen und Sozialdemokrat:innen, uns weiter einsetzen, können wir einen nachhaltigen und gerechten Handel in der Welt durchsetzen, der ökologische, soziale, menschen- und arbeitsrechtliche Standards respektiert. Gleichzeitig müssen wir uns konkrete Mechanismen geben, um zu garantieren, dass diese Prinzipien umgesetzt werden.

In unserer multilateralen Welt sind wir, als Europäische Union, auf starke Partner angewiesen. Insbesondere mit den USA und Großbritannien müssen wir unsere Partnerschaft stärken, ohne jedoch unsere europäische Verantwortung und Souveränität zu vernachlässigen. Mit China müssen wir den Kontakt halten, um die Diskussionen weiterzuführen und gemeinsame Lösungen zu finden – ohne jedoch unsere grundlegenden Werte der Demokratie und der Menschenrechte aufzugeben.

Außerdem müssen wir gleichberechtigte und zukunftsorientierte Partnerschaften mit den Ländern des Globalen Südens eingehen. Diese Partnerschaften sollen auf Augenhöhe funktionieren, denn nur so können wir eine sozial gerechte Welt schaffen.

LSAP EUROPA



9. JUNI



**Europa braucht ein
STARKES
HERZ**

**LSAP: UNSER PROGRAMM FÜR
EIN STARKES #EUROPAHERZ**